

## Festhalten an Beihilfen zu AHV/IV

### Lange Debatte um Sparmassnahmen im Gesundheitsbereich

39. und 40. Sitzung:

Montag, 23. Februar, 8 Uhr 15 und 14 Uhr 30

Vorsitz: Präsident *Ernst Stocker* (svp., Wädenswil)

cn. Für den zurückgetretenen Hans Badertscher (svp., Seuzach) ist ein neues Mitglied der Geschäftsleitung zu wählen. Für die Interfraktionelle Konferenz schlägt deren Präsident *Lucius Dürr* (cvp., Zürich) Alfred Heer (svp., Zürich) vor. Er wird einstimmig gewählt. – Jürg Leuthold (svp., Aeugst am Albis) ersetzt den zurückgetretenen Hans Badertscher (svp., Seuzach) als Mitglied des Sekretariats der Geschäftsleitung. – In die Kommission zur Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichtes der Zürcher Kantonalbank wird Dieter Kläy (fdp., Winterthur) als Ersatz für die zurückgetretene Katharina Weibel (fdp., Seuzach) gewählt.

#### Vertrauensstelle für Personal

Mit einem *Postulat* ersucht *Elisabeth Derisiotis-Scherrer* (sp., Zollikon) um die Einrichtung einer Vertrauensstelle für das durch den Stellenabbau verunsicherte kantonale Personal. Die Postulantin beantragt Dringlichkeit und weist darauf hin, dass der Stellenabbau bereits eingesetzt hat.

*Marco Ruggli* (sp., Zürich) spricht in diesem Zusammenhang von Menschenopfern des Sanierungsprogramms. Es braucht eine Anlauf- und Informationseinrichtung für alle, die ihre Stelle noch haben. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) hält fest, dass das Postulat auch aus grüner Sicht unterstützt wird. Die Vertrauensstelle ist eine Institution mit nachhaltiger Wirkung. *Peter Reinhard* (evp., Kloten) schliesst sich den Voten seiner Vorderer an. Auch die EVP unterstützt das Begehren.

Der Rat erklärt das Postulat mit 69 Stimmen als dringlich. Der Regierungsrat hat innert vier Wochen Stellung zu nehmen.

#### Leistungsabbau im Gesundheitswesen

Mit einem *dringlichen Postulat* bittet Heidi Bucher (gp., Zürich) den Regierungsrat, die im Sparpaket 04 geplanten Effizienzsteigerungen und die Reduktion von Qualitätsstandards im Gesundheitswesen zu konkretisieren und die Auswirkungen der geplanten Massnahmen zu beschreiben. Die Regierung beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat zu überweisen. Derzeit sind aus Fachleuten zusammengesetzte Arbeitsgruppen dabei, die Massnahmen zu definieren. Der Regierungsrat ist bereit, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten.

*Hans Fahmi* (evp., Winterthur) hält fest, dass die Bevölkerung wissen soll, was es bedeutet, wenn der Kantonsrat Sparmassnahmen beschliesst. Angesichts der herrschenden Sparwut wird das Wort Effizienzsteigerung langsam zum Hohn. Die EVP-Fraktion wird das Postulat überweisen. *Heidi Bucher* (gp., Zürich) bittet den Rat, ihr Postulat zu überweisen, und erklärt, dass sich die Sparmassnahmen negativ auf den Alltag in der Spitalpflege auswirken könnten. *Franziska Frey-Wettstein* (fdp., Zürich) glaubt, dass die Bevölkerung grosses Interesse daran hat zu wissen, was unter Sparmassnah-

men zu verstehen ist. Dass man eine finanzielle Entlastung durch die Senkung der Qualitätsstandards erreicht, ist möglich. Vielleicht gibt es aber noch andere Möglichkeiten. Es ist möglich, einen gewissen Abbau zu betreiben. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) hält die Diskussion und den verlangten Bericht des Regierungsrates für überflüssig. Das Gesundheitssystem generiert immer mehr überflüssige Ausgaben. Er beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. *Markus Brandenberger* (sp., Uetikon) hält fest, dass das Streben nach Gesundheit grenzenlos ist. Da die öffentlichen Spitäler grosses Interesse an zusatzversicherten Patienten haben, ist zu befürchten, dass die Ungleichheit der medizinischen Behandlung noch verschärft wird. *Blanca Ramer-Stäubli* (cvp., Urdorf) glaubt, dass es bei der stationären Betreuung in Akutspitälern zu einschneidenden Massnahmen kommen wird. Patienten werden ihre Anspruchshaltung auf Notwendiges zurückschrauben müssen. *Erika Ziltener* (sp., Zürich) hält fest, dass die Fehlerquelle steigt, wenn das Personal unter ständigem Stress steht. Fehler in der Medizin haben enorme Kosten zur Folge. *Oskar Denzler* (fdp., Winterthur) stimmt der Überweisung des Postulats zu. Nicht jede Sparmassnahme darf mit Qualitätsabbau gleichgesetzt werden. Sparen ist in gewissen Bereichen durchaus möglich, ohne dass die Qualität leidet. *Cécile Krebs-Glauser* (sp., Winterthur) glaubt, dass mit den Sparmassnahmen die bisherige Sicherheit im Gesundheitswesen verlassen wird. *Peter Reinhard* (evp., Kloten) findet, dass sich der Kanton eine gute Gesundheitsversorgung leisten soll.

Gesundheitsdirektorin *Verena Diener* hält fest, dass der Regierungsrat bereit ist, dem Kantonsrat einen Bericht zu unterbreiten. Der Rat wird aber nicht über den Inhalt des Berichts zu diskutieren haben, und er wird nichts entscheiden können. Dieser Umstand ist ausserordentlich bedauerlich, aber es gibt keine gesetzliche Grundlage für eine Mitbestimmung des Rates in dieser Sache. Der Rat wird die ganze Last des Sparprogramms auf die Schultern der Gesundheitsdirektorin legen.

Der Rat überweist das dringliche Postulat mit 113 zu 53 Stimmen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat, der innert eines Jahres einen Bericht zu erarbeiten hat.

#### Verzicht auf Steuerfusserhöhung

*Werner Bosshard* (svp., Rümlang) bittet den Regierungsrat in einem dringlichen Postulat zu prüfen, mit welchen weiteren Massnahmen der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2005 bis 2008 (KEF) möglichst ohne die für 2006 und 2007 vorgesehene Steuerfusserhöhung gewährleistet werden kann. Die Regierung, die in einer ersten Reaktion mit der Auflistung von 74 Sparmöglichkeiten reagierte (NZZ 26.7.02), beantragt, das dringliche Postulat nicht zu überweisen.

*Werner Bosshard* (svp., Rümlang) hält fest, dass das Sanierungsziel mit dem Sanierungsprogramm allenfalls nicht vollständig erreicht wird. Der mittelfristige Ausgleich ist gefährdet. Die steuerliche Belastung darf erst in zweiter Priorität verändert werden. Erst muss eine

Sanierung im Sinne des Finanzhaushaltsgesetzes realisiert werden. *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) findet, dass eine Steuerfuss-Korrektur um 3 Prozentpunkte einem Abbau staatlicher Leistungen in der Höhe von 280 Mio. Fr. vorzuziehen ist. Der vorgeschlagene Steuerentzug schränkt den Staat ein. Eine neue Studie des Bundes belegt, dass Steuern den Mittelstand nicht übermässig belasten. Sparvorschläge, die über das Massnahmenpaket hinausreichen, schaden dem Wirtschaftsstandort Zürich. *Beat Walti* (fdp., Erlenbach) hält fest, dass die FDP mit ertragsseitigen Sanierungsmassnahmen nicht zufrieden ist. Sie will, dass der Regierungsrat nach neuen Möglichkeiten sucht. Die Sanierungsmassnahmen werden weitergehen müssen. *Regula Mäder-Weikart* (cvp., Opfikon) sagt, dass die CVP das Nachfolgeprogramm nicht unterstützen kann. Die Partei will zuerst die Auswirkungen des laufenden Sanierungsprogramms kennen. *Willy Furter* (evp., Zürich) will einen Finanzausgleich möglichst ohne Steuererhöhung erreichen. Die EVP ist gegen das Postulat. *Martin Bäumle* (gp., Dübendorf) findet, dass keine neuen Forderungen gestellt wurden. Es steht nur neues Löli-Postulat im Raum. FDP und SVP fordern nur pauschale Senkungen, ohne konkret zu werden. Sie entziehen dem Staat immer wieder Mittel. Gleichzeitig verteidigen sie – wie beispielsweise beim Strassenbau – ihre Pfründe. Die Grünen lehnen das Postulat ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 88 zu 82 Stimmen ab. Das Geschäft ist erledigt.

### Kein Abbau von Staatsschulden und Plafonierung der Ausgaben

In einer *Einzelinitiative* verlangt *Claudio Schmid* (svp., Bülach) den Abbau von jährlich 200 Mio. Fr. Staatsschulden. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Begehren nicht definitiv zu unterstützen. Der Staatshaushalt kann nicht gesteuert werden, indem man die Verschuldung festlegt, sondern indem ein Gleichgewicht zwischen der Aufwandentwicklung, den Nettoinvestitionen, der Steuerbelastung sowie dem Abbau der Verschuldung gesucht wird.

Mit einem gleichzeitig behandelten Postulat forderte der mittlerweile zurückgetretene *Ruedi Noser* (fdp.,

### SVP – Nein zu Steuererhöhungen

*rib. Alfred Heer* (svp., Zürich) weist darauf hin, dass die SVP seit Jahren eine Senkung des Aufwands im Staatshaushalt fordert. In guten Zeiten hätten die Ausgaben gemässigt werden müssen. Das wäre antizyklisch gewesen. Das Sanierungsprogramm ist die Folge der in der Vergangenheit gemachten Fehler. Von Totsparen des Kantons kann nicht die Rede sein. Die Budgets wachsen nach wie vor, ihr Wachstum wird nur gebremst. Die SVP lehnt die geplante Steuererhöhung ab. Das Finanzhaushaltsgesetz schreibt vor, dass die Sanierung über eine nachhaltige Senkung des Aufwands zu erreichen ist. Einnahmenerhöhungen sind nicht vorgesehen. Der zugrunde liegende Grundsatz ist, dass die Ausgaben den Einnahmen anzupassen sind und nicht umgekehrt, wie die Linke dies will. Der Steuerfuss darf nicht zum Ausgleich für den Verzicht auf einzelne Massnahmen missbraucht werden. Die SVP wird sämtliche Aufwandreduktionen unterstützen. Wo sie dies nicht

Hombrechtikon) die Regierung auf, einen Bericht darüber vorzulegen, wie der KEF auszugestaltet wäre, wenn ab dem Budgetjahr 2002 das Total aller Ausgaben (ohne Transferzahlungen) auf dem realen Niveau von 2001 eingefroren würde. *Werner Bosshard* (svp., Rümli) verlangt in einem weiteren Postulat, dass der Regierungsrat im Hinblick auf die Voranschläge 2003 und 2004 darlegt, wie der Aufwand im Jahr 2004 auf 10 Mrd. Fr. gesenkt werden kann. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat Noser als erledigt abzuschreiben und das Postulat Bosshard nicht zu überweisen.

Der Chef der Finanzkommission, *Werner Bosshard* (svp., Rümli), hofft, dass der Rat der Kommission folgt. Die Finanzkommission ist zur Auffassung gelangt, dass die Summenbindung nicht als absolut zu betrachten ist. Die Kommission weicht in zwei Fällen vom Antrag der Regierung ab: Die Beihilfen zu AHV und IV sollen nicht abgeschafft werden, und für 2006 und 2007 soll der Steuerfuss nicht vorzeitig auf 103 Prozent festgesetzt werden. Die Regierung erreicht ihre Sparziele trotzdem zu 99,2 Prozent.

### Persönliche Erklärungen

*Lucius Dürr* (cvp., Zürich) gibt eine persönliche Fraktionserklärung zum Flughafen Zürich ab. Er rügt die unpräzisen und unsensible Informationen der Unique und vor allem des Bundesamtes für Zivilluftfahrt. Zumindest die kantonsrätlichen Fraktionen hätten vorgängig von der Änderung des Betriebsreglementes informiert werden müssen. Das Flughafen-Betriebsreglement wirft auch inhaltliche Fragen auf. *Barbara Hunziker Wanner* (gp., Zürich) fordert den Regierungsrat ebenfalls in einer persönlichen Erklärung auf, die Flughafen AG aufzufordern, das Betriebsreglement zurückzuziehen.

*Anna Maria Riedi* (sp., Zürich) gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung ab und meint mit Seitenblick auf den Besuch einer chinesischen Delegation auf der Zuschauertribüne, dass die Gäste beim Apéro auf die Einhaltung der Menschenrechte in China angesprochen werden sollten.

*Richard Hirt* (cvp., Fällanden) geisselt in einer persönlichen Erklärung den Grössenwahn des Mega-Hubs Flughafen Zürich.

tut, bietet sie Kompensationen an. Die Interpretation der Gesetzesbestimmungen durch den Rat ist die totale Verdrehung dessen, was das Volk in der Ausgabenbremse angenommen hat. Die Saldoneutralität innerhalb der Ausgaben muss streng gewahrt werden. Wir beantragen, der Mehrheit der Finanzkommission zuzustimmen, was die Behandlung der Vorlage angeht.

### ***SP – Saldobindung ist verpflichtend***

Für *Stefan Feldmann* (sp., Uster) zeigt der Mehrheitsantrag der Finanzkommission, dass es den Bürgerlichen nicht um die Sanierung der Staatsfinanzen geht, sondern um einen Staatsabbau in grösserem Ausmass. Der Kanton Zürich hat kein strukturelles Defizit. Die finanziellen Probleme sind hausgemacht, vor allem durch die Senkung des Staatssteuerfusses, den der Rat 2002 bewilligt hat. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass der Aufwand in den Staatsrechnungen nicht überproportional gestiegen ist. Zieht man Teuerung und Bevölkerungswachstum in Betracht, liegen sie im Rahmen des Üblichen. Der Kanton hat in den letzten Jahren Infrastrukturen ausgebaut, eine S-Bahn gebaut und Fachhochschulen übernommen und vieles andere. Die bürgerliche Aushöhlungs politik zielt auf den Abbau dieser Infrastrukturen ab, die für den Standort Zürich wichtig sind. Das Sanierungsprogramm finanziert lediglich die Steuerfuss senkung von 2002. Wer soll die Folgen der bürgerlichen Politik tragen? Es darf nicht sein, dass die Folgen von denen getragen werden, die in Ausbildung sind oder jetzt krank sind. Mit zwei saldoneutralen Minderheitsanträgen schlägt die SP vor, auf Teile des Programms in den Bereichen Umwelt, Bildung und Gesundheit zu verzichten. Wenn die Bürgerlichen die Ausgabenbremse zur Makulatur erklären sollten, fühlt sich auch die SP nicht mehr daran gebunden.

### ***FDP – Sanieren ist ein Prozess***

*Thomas Isler* (fdp., Rüslikon) beantragt Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission. Aus freisinniger Sicht ist es für einen handlungsfähigen Kanton wichtig, dass die Sanierungsbemühungen von allen Bürgerlichen gemeinsam getragen werden. Wir lehnen alle Minderheitsanträge ab. Beim Sparen soll zuerst in den staatlichen Institutionen selbst angesetzt werden. Erst wo das nichts mehr bringt, sollen auch Massnahmen zu Lasten der Bevölkerung in Betracht gezogen werden. Abgelehnt wird von der FDP die Steuerfusserhöhung. Es ist nicht zu verantworten, bereits jetzt über diesen wichtigen Punkt zu entscheiden. Das muss im Herbst 2005 geschehen – wenn Klarheit über die finanzielle Situation des Kantons besteht und die Rechnungen 2003 und 2004 vorliegen. Mit der Finanzkommission lehnen wir auch das Streichen der Beihilfen zu AHV und IV ab. Die Summenbindung muss sich auf den mittelfristigen Ausgleich beziehen. Es geht nicht an, alles in einem Augenblick festlegen zu wollen. Sanieren ist ein Prozess. Feinabstimmungen sind in den nächsten Jahren über die Budgets möglich. Wir suchen pragmatische Lösungen für den Kanton. Das Herauslösen des Steuerfussentscheids ist kein Verfassungsbruch. Falls 2005 eine Erhöhung des Steuerfusses nötig wird, dann soll diese beschlossen werden. Ein Sanierungskonzept wie das der Linken, das nur über Steuererhöhungen funktioniert, ist aber klar abzulehnen.

### ***Grüne – Spielregeln nicht ändern***

*Martin Bäumle* (gp., Dübendorf) weist darauf hin, dass Verschuldung nie nachhaltig ist. Die Steuersenkungen der letzten Jahre waren unverantwortlich. Allerdings sind die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen in eine Schieflage geraten in den letzten Jahren. Grundsätzlich ist ein struktureller Handlungsbedarf da. Und er müsste angegangen werden. Wir müssen ihn aber über die Ausgabenbremse angehen, und sie ist eine Fehlleistung. Die Grünen werden mit saldoneutralen Anträgen Gegensteuer zu geben versuchen. Die Rückgängigmachung der Steuersenkung wäre eine Möglichkeit. Eine andere Möglichkeit wäre, dass der Strassenfonds die Finanzierung der Verkehrspolizei übernehmen würde. Wir betrachten die Saldobindung als verpflichtend. Es geht nicht an, in dieser Hinsicht die Spielregeln zu ändern, wie die Bürgerlichen dies wollen. Beschämend ist, dass der Regierungsrat bis jetzt keine Angaben zur Rechnung 2003 vorgelegt hat. Für ein ausgewogenes Sparpaket wären die Grünen zu haben. Das, was vorliegt, erfüllt diese Anforderungen nicht. Wir werden ein Referendum ernsthaft prüfen, falls das Paket mit den von den Bürgerlichen geänderten Spielregeln durchkommt.

### ***CVP – Gute Leistungen haben ihren Preis***

*Lucius Dürr* (cvp., Zürich) weist darauf hin, dass Sparen eigentlich bedeutet, etwas auf die hohe Kante zu legen. Wir wollen immer mehr und immer bessere staatliche Leistungen, aber bezahlen wollen wir dafür nichts. Sicherheit zum Nulltarif ist in keinem Bereich zu haben. Unternehmungen sind nicht nur an tiefen Steuern, sondern auch an guten Infrastrukturen interessiert. Sparen ist kein Selbstzweck. Die CVP steht zum Sanierungsprogramm. Die Massnahmen sind vertretbar, zum Teil aber schmerzhaft, weil sie Leistungskürzungen umfassen. Im Sinn einer Gesamtbetrachtung sind aus Sicht der CVP zwei Korrekturen nötig: Die Beihilfen zu AHV und IV sollen nicht abgeschafft werden, und der Kostenersatz an die Gemeinden für die Ausländerfürsorge soll aufrechterhalten werden. Wie sich die Wirtschaftslage entwickeln wird, ist zurzeit unklar. Ein Steuerfussentscheid zum jetzigen Zeitpunkt könnte zu einem nicht mehr korrigierbaren Fehler werden. Der Steuerfuss soll, wie an sich üblich, im Herbst 2005 festgesetzt werden. Dann aber bedarfsgerecht. Es ist wahrscheinlich, dass für 2006/07 sogar ein höherer Steuerfuss nötig sein wird, als ihn der Regierungsrat beantragt.

*Kurt Schreiber* (evp., Wädenswil) spricht vom «Fluch der bösen Tat». Zweimal sind Staatseinnahmen reduziert worden, mit der Steuerfussenkung und der Teilabschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Banken maximieren ihre Gewinne, nachdem sie Angestellte entlassen haben, die dem Staat anfallen. Entlassungen lösen keine Probleme. Verlierer sind die Menschen, und geschröpft wird der Staat. Die EVP stellt sich hinter einige der Minderheitsanträge und behält sich ein Nein zur ganzen Vorlage vor.

### ***SP – Nur saldoneutrale Anträge zulassen***

*Dorothee Jaun* (sp., Fällanden) beantragt, es seien in der Beratung nur Anträge zuzulassen, welche die Saldoverpflichtung einhalten. Die Bürgerlichen, die das finanzielle Debakel verursacht haben, sollen dazu gezwungen werden, sich an die Verfassung zu halten. Die SP hat die Auslegungsschwierigkeiten mit der Ausgabenbremse

vorausgesehen. Bereits bei der parlamentarischen Beratung des Gesetzes war klar, dass auch einnahmenseitige Massnahmen zugelassen sein würden. Dass kein Element ohne Kompensation aus dem Paket herausgebrochen werden kann, war damals auch der SVP klar. Die Bürgerlichen schleichen sich schon bei der ersten Anwendung der Bestimmung davon. Der Rat kann das Gesetz verändern, aber er darf es nicht brechen. Das Paket ist auf der Ungerechtigkeit aufgebaut, dass alle zur Sanierung beitragen sollen – ausser den Wohlhabenden.

*Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) kritisiert das Sanierungspaket als Angriff auf den sozialen Frieden. Aufgrund unverantwortlicher Entscheide und schlechter Gesetzesbestimmungen wird in grösserem Umfang Umverteilung betrieben. Einmal mehr sind die Frauen stärker betroffen als die Männer. Alle Massnahmen im Gesundheitsbereich und im Sozialbereich lehnen wir ab. Mühsam aufgebaute Strukturen werden nun zerstört. Zumindest die Beihilfen zu AHV und IV müssen beibehalten werden. Zudem verschieben sich als Folge einiger Massnahmen die Kosten einfach auf die Gemeinden. Für *Beat Walti* (fdp., Erlenbach) ist der Sanierungsbedarf ausgewiesen. Wenn heute gespart wird, wo sich die Morgenröte am Wirtschaftshimmel abzeichnet, dann ist das eben antizyklisch. Mit Ausnahme der Abschaffung der Beihilfen stützt die FDP alle aufwandseitigen Massnahmen. Der Steuererhöhung auf Vorrat widersetzen wir uns. Insgesamt betrachten wir uns als gebunden an den Saldo. Die Frage ist aber, ob der Blick auch über die Vorlage 4104 hinausgehen darf. Wir meinen ja. Eine Einschränkung auf das Gesetz über den mittelfristigen Ausgleich wäre nicht sinnvoll, es sind ja noch eine ganze Reihe weiterer Gesetzesänderungen nötig.

*Erika Ziltener* (sp., Zürich) weist darauf hin, dass eine ganze Reihe von Massnahmen sozialpolitisch mehr als problematisch sind. Der geplante Personalabbau in der Verwaltung verstärkt die Rezession noch. Besonders betroffen vom Stellenabbau sind die Frauen – beispielsweise dadurch, dass in erster Linie Teilzeitstellen abgebaut werden. Die Massnahmen lassen auch für die Umwelt Böses ahnen – das betrifft die Massnahmen im Bereich Umweltschutz wie im Bereich Landwirtschaft. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) wehrt sich gegen Schuldzuweisungen an die Bürgerlichen. Warum kann sich die Linke nicht vorstellen, dass nach Steuersenkungen mehr Geld bei den Bürgern bleibt? Unter antizyklischem Verhalten versteht die Linke, dass der Staat in schlechten Zeiten über seine Verhältnisse leben soll, um dann in guten Zeiten wieder abzuarbeiten. Es ist nichts so unsozial, wie wenn wir die sozialen Versprechungen der Vergangenheit nicht mehr halten können, weil uns die Mittel dazu fehlen. *Regula Mäder-Weikart* (cvp., Opfikon) weist darauf hin, dass das Sanierungsprogramm viel schwer Verdauliches umfasst, das in der Kompetenz des Regierungsrats liegt. Die Wirtschaftslage zwingt uns, die Mittel sorgsam einzusetzen. Neue Wünsche werden kaum erfüllt werden können. Man muss alles daran setzen, das wenigstens Bestehende erhalten zu können.

### **Rosskur mit Nebenwirkungen?**

*Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) versteht seinen seinerzeitigen Einsatz für die Ausgabenbremse als klares Ja zu notwendigen Sparmassnahmen. Nicht nur die Regierung, auch der Rat hat dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren zu viel Ausgaben bewilligt wurden. *Susanne Rihs-Lanz* (gp., Glattfelden) weist darauf hin,

dass Regierung und Parlament in den letzten Jahrzehnten dafür gesorgt haben, dass der Kanton Zürich ein Kanton mit guten Leistungen geworden ist. All dies wird nun mit dem Sanierungsprogramm aufs Spiel gesetzt. Zum Teil werden Massnahmen umgesetzt, gegen die sich der Rat klar zur Wehr gesetzt hat – etwa die Kürzung der Handarbeit. Das ist eine Ohrfeige für die Demokratie. *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) fragt sich, ob die Rosskur «Sanierungsprogramm 04» nicht zu starke Nebenwirkungen hat – etwa bei Kranken, Sozialhilfebezügern, in Ausbildung Stehenden und Gemeinden. Es sind blutstillende Watten zugepackt worden: Die Beihilfen zu AHV und IV sollen erhalten bleiben, die Vergrösserung der Klassen soll nach einem Sozialindex abgestuft werden. Saniert werden vorwiegend die Geldbörsen der Reichen.

*Ralf Margreiter* (gp., Zürich) findet, was die Bürgerlichen bieten, sei beschämend. Mit einem Kahlschlagprogramm sollen Steuergeschenke finanziert werden. Die Ausgabenbremse ist eine unerträgliche Einengung der Autonomie des Parlaments. *Alfred Heer* (svp., Zürich) weist auf die Abstimmungsinformationen über die Ausgabenbremse hin: Die Fakten sind dort klar dargelegt worden. Von Steuererhöhungen ist tatsächlich nirgends die Rede. Wurde im Amtsblatt geschummelt?

*fur.* Die Wirtschaft habe einen hohen Stellenwert, präzisiert *Kurt Schreiber* (evp., Wädenswil). Im Mittelpunkt steht aber der Mensch. *Dorothee Jaun* (sp., Fällanden) stellt fest, dass das Geld, das bei den Steuersenkungen der letzten Jahre den Bürgerinnen und Bürgern geblieben sei, nicht ausgegeben worden sei. Das Wachstum hat deshalb trotz Steuersenkung nicht eingesetzt. Die Reichen feiern aber weiterhin frohe Feste, während der Staat auf Kosten der tiefen Einkommen saniert wird. Die Bürgerlichen wollen nun den Entscheid über die Steuererhöhung aufschieben, weil sie hoffen, dass bald der Aufschwung einsetze, der die Erhöhung in zwei Jahren überflüssig machen würde.

*Stefan Feldmann* (sp., Uster) kommt zurück auf den Gesetzestext zur Einführung der Ausgabenbremse. Nur weil dort von Einnahmen nicht die Rede ist, kann man nicht schliessen, dass solche untersagt sind. In der Abstimmungszeitung zur Ausgabenbremse ist die Möglichkeit von zusätzlichen Einnahmen erwähnt, und diese ist seinerzeit Grundlage für den Entscheid der Stimmberechtigten gewesen. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) zitiert als Entgegnung auf Jauns Votum die deutschen Sozialdemokraten Gerhard Schröder und Franz Müntefering, die sich für eine Steuersenkung zur Ankurbelung der Wirtschaft ausgesprochen haben. *Arnold Suter* (svp., Kilchberg) findet die Bemerkung von Dorothee Jaun grundfalsch. Es sind keinesfalls die unteren Einkommen, die den Staat sanieren.

### **Rekordefizit im Jahr 2003**

Finanzdirektor *Christian Huber* analysiert in seinem Eintretensreferat die Finanzlage des Kantons Zürich. Der gestiegene Aufwand ist unter anderem auf demographische Entwicklungen, Volksentscheide, Gerichtsurteile, die schlechte Konjunktur und die negative Börsenentwicklung zurückzuführen. Auch der Kantonsrat hat aber dazu beigetragen, dass nicht nur das absolut Notwendige angeschafft oder aufgebaut wurde. Die Finanzierung dieser Aufwandentwicklung war in den letzten Jahren kein Problem, weil wegen der guten Kon-

junktur die Steuereinnahmen reichlich geflossen sind. Es war aber absehbar, dass diese Entwicklung nicht ewig weitergehen würde. Dies ist nun der Fall. Laut Huber bleiben die Steuererträge in der Rechnung 2003 rund 200 Millionen Franken unter dem Budget, was für 2003 zu einem Rekorddefizit von 620 bis 660 Millionen Franken führt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Nachsteuern, die um 17 Prozent oder 105 Millionen Franken geringer ausfielen als budgetiert. Auch der Anteil der direkten Bundessteuern sank um 16 Prozent oder 88 Millionen unter das Budget. Im Vergleich zur Rechnung 2002 bezeichnete Huber den Rückgang als dramatisch. Die Steuererträge sind insgesamt um 15 Prozent oder rund 860 Millionen Franken geringer ausgefallen als im Vorjahr.

Angesichts der neuen Ausgangslage ist für die Jahre 2004 bis 2007 mit Steuererträgen zu rechnen, die pro Jahr mehr als 300 Millionen Franken unter dem bisher angenommenen Wert liegen. Die Kosten, die dem Kanton aus der Neugestaltung des Bundesfinanzausgleichs entstehen, sind darin noch nicht eingerechnet. Der scheinbar greifbare mittelfristige Ausgleich entschwindet wieder. Auch bei einer vollständigen Umsetzung des Sanierungsprogramms 04 muss mit einem kumulierten Aufwandüberschuss von 1,2 Milliarden Franken gerechnet werden. Die guten Rechnungsabschlüsse der Grossbanken und die positiven Konjunkturprognosen lassen hoffen, dass der Sanierungsbedarf nicht ganz so gross ausfällt. Angesichts der weiteren absehbaren Belastungen wie des neuen Finanzausgleichs oder des Entlastungspakets des Bundes steht für den Regierungsrat aber fest, dass der Zürcher Staatshaushalt nur gesund bleiben kann, wenn das Sanierungsprogramm im beantragten Umfang umgesetzt werden kann.

Huber erinnert den Rat daran, dass der Kantonsrat an die in der Verfassung verankerte Verpflichtung zur Saldoverbesserung gebunden ist. Aus diesem Grund hält der Regierungsrat nur jene Anträge für zulässig, in welchen für Verzicht auf eine Kürzung woanders eine Einsparung vorgesehen ist (Saldobindung). Dies wird aber von der Finanzkommission und der Geschäftsleitung mehrheitlich abgelehnt. Niemand wird den Kantonsrat zwar deswegen verklagen können. Es erhöht aber die Verantwortung gegenüber der Verfassung und jener Bestimmung, die der Kantonsrat selber geschaffen hat. Sollten das Sanierungsprogramm oder grosse Teile davon im Kantonsrat oder bei einer Volksabstimmung scheitern, wäre der Kanton sehr bald dazu gezwungen, für die Finanzierung des laufenden Betriebsaufwands auf Pump zu leben. Zu verhindern ist dies nur mit schmerzhaften und umstrittenen Massnahmen, die eine Mehrheit mittragen muss. Er bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten.

Der Rat beschliesst Eintreten auf die Vorlage.

*Stefan Feldmann* (sp., Uster) erläutert einen Minderheitsantrag, der den Rat dazu verpflichtet will, nur Anträge zu akzeptieren, welche die Forderung nach einer Saldobindung erfüllen. Die Kantonsverfassung schreibt dies vor. Feldmann will auch wissen, wer dieser Verfassungsbestimmung nachleben will, und beantragt Namensaufruf. Der Rat stimmt dem zu.

Der Rat lehnt den Antrag mit 97 zu 76 Stimmen ab.

*Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) verliest eine Fraktionserklärung der Sozialdemokraten. Die bürgerliche Mehrheit hat soeben entschieden, sich nicht an die Saldobindung zu halten, und Artikel 31a der Verfassung

zur Makulatur erklärt. Die SP wäre bereit gewesen, sich an diese Bestimmung zu halten. Jetzt aber ist es eine Frage der Ehrlichkeit, diesen Artikel aus der Verfassung zu streichen. Die SP reicht deshalb eine parlamentarische Initiative ein, welche die Aufhebung von Artikel 31a verlangt. *Erika Ziltener* (sp., Zürich) gibt den Rückzug von drei Minderheitsanträgen mit Saldobindung bekannt. Sie hätten die Streichung verschiedener Sparmassnahmen gefordert und als Ausgleich dafür unter anderem eine Anhebung des Steuerfusses auf 104 oder 105 Prozent.

### Altersbeihilfen

Durch eine Änderung des Zusatzleistungsgesetzes sollen die Beihilfen zu den AHV- und IV-Renten gestrichen werden. *Werner Bosshard* (svp., Rümlang), Präsident der Finanzkommission, erklärt, dass dies den Staatshaushalt jährlich um 18,7 Millionen Franken entlasten würde. Die Finanzkommission beantragt aber Ablehnung der Massnahme.

*Theo Toggweiler* (svp., Zürich) beantragt seitens der SVP die Zustimmung zur Gesetzesänderung und damit zur Abschaffung der Beihilfen. *Ruth Gurny* (sp., Maur) findet die Streichung der Beihilfen indiskutabel, zumal die Zürcher Stimmberechtigten die Abschaffung im Jahr 2000 abgelehnt hatten. Die Beihilfen ermöglichen den Betroffenen eine minimale Teilnahme am sozialen Leben. Viele Menschen müssten bei einer Streichung wahrscheinlich Sozialhilfe beziehen, was den Spareffekt erheblich reduzieren würde. Für die CVP gibt *Blanca Ramer-Stäubli* (Urdorf) bekannt, dass die Partei zwar hinter dem Sanierungsprogramm steht. Ein gutes Sozialwesen steht für die Partei aber im Mittelpunkt. Deshalb ist sie gegen die Abschaffung der Beihilfen. Ein reicher Wirtschaftskanton wie der Kanton Zürich muss sich eine solche Hilfe leisten können. *Hans Fahrni* (evp., Winterthur) findet, dass Beihilfen zusammen mit AHV und IV zum sozialen Fundament des Kantons Zürich gehörten. Es geht hier um die Ärmsten, eher müsste man über eine Erhöhung der Beihilfen sprechen statt über deren Kürzung.

Für *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) ist die Abschaffung der Beihilfen fragwürdig und nicht besonders klug. Es ist ein Versprechen der Politik, dass bedürftige ältere Menschen nicht sozialhilfeabhängig werden dürfen. Wenn dieses Versprechen nun gebrochen würde, dann wird das soziale Netz gefährdet. Dass sich ältere Menschen Gegenstände des täglichen Gebrauchs nicht mehr leisten können, ist nicht zu akzeptieren. Dieser Teil des Sanierungspakets soll darum gemeinsam begraben werden. *Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) findet die Streichung der Beihilfen eine der miesesten und traurigsten Massnahmen, über die der Kantonsrat im Rahmen des Sanierungspakets zu beraten hat. Die mühsam erreichte Beseitigung der Altersarmut wäre wieder dahin. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) tritt für die Streichung der Beihilfen ein. Sie sind ein Überbleibsel, mit dem früher Lücken bei den Pensionen gestopft wurden. Nun sind sie nicht mehr nötig.

Der Rat stimmt dem Antrag der Finanzkommission mit 122 zu 51 Stimmen zu. Die Beihilfen werden nicht gestrichen.

### Ausländerfürsorge

*Werner Bosshard* (svp., Rümlang) erläutert die Massnahme 145. Mit einer Änderung des Sozialhilfegesetzes soll die bisherige Übernahme von Kosten der Gemeinden in der Ausländerfürsorge reduziert werden. Statt wie bisher für Ausländer mit bis 10 Jahren Aufenthalt soll der Kanton nur noch Kosten für solche mit bis 6 Jahren übernehmen. Der Kanton würde damit jährlich 15 Millionen Franken sparen. Die Mehrheit der Finanzkommission stimmt der Massnahme zu.

*Regula Mäder-Weikart* (cvp., Opfikon) begründet ihren Minderheitsantrag, der einen Verzicht auf die Kürzung verlangt. Es geht hier nicht ums Sparen, sondern um die Überwälzung von Kosten vor allem auf Gemeinden mit einem hohen Ausländeranteil. *Käthi Furrer* (sp., Dachsen) gibt bekannt, dass die SP diese Sparmassnahme ebenfalls entschieden ablehnt. Zu leiden hätten vor allem die Zentrumsgemeinden, wo die meisten Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler aus dem Ausland wohnen und die schon jetzt höhere Sozialkosten zu tragen haben als die übrigen Gemeinden. Auch *Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) hält fest, dass vor allem die Gemeinden die Folgen dieser Massnahmen zu tragen hätten. Allein für die Stadt Zürich wären dies Mehrkosten in der Höhe von 9 Millionen Franken. Die un-solidarische Massnahme muss abgelehnt werden. *Heinz Jauch* (evp., Dübendorf) spricht von einer Belastung der Gemeinden mit insgesamt 15 Millionen Franken. Für Dübendorf beispielsweise bewegen sich die Mehrkosten im Umfang von 1 bis 1,5 Steuerfussprozent. Er bittet um Ablehnung der Vorlage.

Der Rat stimmt dem Minderheitsantrag Mäder mit 87 zu 81 Stimmen zu. Die Beiträge für die Ausländerfürsorge werden nicht reduziert.

Die Änderungen im Gesundheitsgesetz und im Lehrpersonalgesetz passieren den Rat ohne Widerstand.

### Stütz- und Fördermassnahmen

*Werner Bosshard* (svp., Rümlang) erklärt die Sanierungsmassnahme 217. Durch die Änderung des Schulleistungsgesetzes würden Staatsbeiträge für Stütz- und Fördermassnahmen, für Deutschunterricht und Mundartkurse für Fremdsprachige sowie für den Schulpsychologischen Dienst um 7,5 Millionen Franken gekürzt, was rund einem Drittel entspricht. Bosshard erwartet davon eine gewisse Signalwirkung auf die Gemeinden, bei der Anordnung von Stütz- und Fördermassnahmen etwas zurückhaltender zu sein. Die Finanzkommission beantragt Zustimmung. *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) erläutert einen Minderheitsantrag, der den Verzicht auf die Kürzung verlangt. Bei einer Kürzung der Gelder werden unzählige Kinder und ihre Lehrkräfte und Eltern mit ihren Problemen allein gelassen. *Esther Guyer* (gp., Zürich) ist nicht grundsätzlich gegen Kürzungen im Bildungswesen. Hier allerdings fehlt das Konzept. Bildungsdirektorin *Regine Aeppli* sieht das Angebot an Massnahmen überhand nehmen. Immer mehr Kinder erfahren in der Schule eine Sonderbehandlung. Diese Entwicklung gilt es zu bremsen.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag mit 90 zu 74 Stimmen zu. Die Staatsbeiträge werden gekürzt.

### Bevorschussung für Kinderalimente

*Werner Bosshard* (sp., Rümlang) erläutert eine Änderung des Jugendhilfegesetzes, mit dem die Staatsbei-

träge an die Vorschüsse der Gemeinden für nicht bezahlte Kinderalimente gestrichen werden sollen. Damit würde der Staatshaushalt jährlich um 2,3 Millionen Franken entlastet. Mit einem Minderheitsantrag von *Elisabeth Scheffeldt Kern* (sp., Schlieren) soll dies verhindert werden. Die Antragstellerin führt aus, dass es sich bei dieser Massnahme um eine ungleiche Überwälzung der Kosten auf die Gemeinden handelt. Menschen, die solche Hilfe beanspruchen müssen, sind im Kanton nicht gleichmässig verteilt. Bildungsdirektorin *Regine Aepli* findet, dass die 2,3 Millionen verteilt auf 171 Gemeinden kein grosser Betrag sind.

Der Rat stimmt dem Antrag der Finanzkommission mit 90 zu 70 Stimmen zu. Die Staatsbeiträge werden gestrichen.

### Jugendhilfe

*Werner Bosshard* (svp., Rümlang) erklärt eine weitere Änderung des Jugendhilfegesetzes. Die Staatsbeiträge an Gemeinden, welche die Aufgaben des Jugendsekretariats selber besorgen, sollen gestrichen werden. Betroffen sind davon Zürich, Winterthur und Wädenswil. Der Staatshaushalt würde jährlich um 6,3 Millionen Franken entlastet werden. Die Finanzkommission beantragt Zustimmung. Mit einem Minderheitsantrag verlangt *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) den Verzicht auf die Massnahme. Nach ihrer Meinung ist es keine Sparmassnahme, sondern ebenfalls eine Kostenumlagerung auf die Gemeinden. Der Spareffekt ist am Schluss gleich null, weil dem Kanton durch eine Aufgabe der Eigenständigkeit der drei Gemeinden Mehrkosten entstehen. *Esther Guyer* (gp., Zürich) findet, dass es sich hier vor allem um eine Disziplinierungsmassnahme handelt. Sie fordert die Aufnahme von Gesprächen zwischen dem Kanton und den drei Gemeinden.

*Nancy Bolleter-Malcom* (evp., Seuzach) findet, dass die Massnahmen für die drei Gemeinden einschneidend sind, und gibt die ablehnende Haltung der EVP bekannt. *Regula Mäder-Weikart* (cvp., Opfikon) ist überzeugt, dass die Probleme der Jugendlichen immer ernster genommen werden müssen. Ein Teil der CVP lehnt die Massnahme deshalb ab. *Ursula Braunschweig-Lüttolf* (sp., Winterthur) hält fest, dass eine eigene Jugend- und Familienhilfe sich speziell auf die Bedürfnisse einer grösseren Stadt ausrichten könne. Ohne Staatsbeiträge könnten Winterthur und Zürich die Aufgaben nicht mehr alleine erfüllen und müssten sie dem Kanton übergeben, der in den beiden Städten eine eigene Organisation aufbauen müsste.

Bildungsdirektorin *Regine Aepli* hält fest, dass die Jugendhilfe grundsätzlich eine kantonale Aufgabe ist. Die Gefahr, dass nun die drei Städte ihre Aufgaben vollumfänglich an den Kanton delegieren, ist vorhanden. Die Überlegung hinter dieser Massnahme ist, dass wer seine Jugendhilfe selber planen und steuern möchte, sie selber finanzieren soll. Der Vorwurf, dass es sich um eine Disziplinierungsmassnahme handelt, ist haltlos. Durch die anstehende Revision des Jugendhilfegesetzes wird der Rat in nächster Zeit noch ausführlich über die Finanzierung der Jugendhilfe beraten können.

Der Rat stimmt dem Antrag der Finanzkommission mit 86 zu 81 Stimmen zu. Die Beiträge an die Gemeinden für eigene Jugendsekretariate sind gestrichen.

### Heimkosten

*Werner Bosshard* (svp., Rümlang) informiert über eine weitere Massnahme, die ebenfalls eine Änderung des Jugendhilfegesetzes und eine Änderung des Schulleistungsgesetzes erfordert. Die Staatsbeiträge an die Heimplacierung von Kindern und Jugendlichen sollen begrenzt werden. Der Kanton würde damit seinen Haushalt um jährlich 5,5 Millionen Franken entlasten. Die Finanzkommission beantragt Zustimmung.

Gegen beide Gesetzesänderungen liegen Minderheitsanträge von *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) vor. Sie beurteilt diese Sparmassnahme aus pädagogischer Sicht als verheerend, weil Kinder dadurch noch später als bisher in Heime eingewiesen werden. Dies ist menschlich nicht zu verantworten, weil bekannt ist, wie schwer sich zu späte Heimeinweisungen auf die Kinder auswirken können. *Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) unterstützt seitens ihrer Partei ihre Vorrednerin. Späte Heimeinweisungen haben oft spätere teurere Massnahmen wie etwa Gefängniseinweisungen zur Folge. Die Kosten würden mit dieser Massnahme also zuerst auf die Gemeinden abgewälzt und generierten später noch höhere Kosten. Für *Nancy Bolleter-Malcolm* (evp., Seuzach) werden bei einem solchen Schritt die Augen vor der Realität verschlossen. Zudem greift die Massnahme der Revision des Jugendhilfegesetzes vor, in dem eine Entlastung der Gemeinden vorgesehen ist.

*Susanna Rusca Speck* (sp., Zürich) hält die Plafonierung der Staatsbeiträge für eine Leerformel. Die Heime würden dadurch nicht zu einer effizienten Heimführung motiviert. *Brigitta Johner-Gähwiler* (fdp., Urdorf) erinnert an die steigenden Kosten der Kinder- und Jugendheime. Mit der Massnahme werde eine Stabilisierung angestrebt. Die Befürchtung, dass Gemeinden bei Heimplacierungen künftig zurückhaltender agieren werden, teilt sie nicht. Die Einweisungspraxis hat sich in den letzten Jahren nicht verändert, trotz steigenden Versorgertaxen. Bildungsdirektorin *Regine Aepli* erklärt, dass es bei diesen Änderungen in erster Linie um einen Systemwechsel bei der Heimfinanzierung geht. Bisher konnte der Kanton diesen Bereich nicht steuern, mit der Folge, dass die Kosten ständig gestiegen sind. Sie hofft auf die Verantwortung der Gemeinden gegenüber den Betroffenen. Sie sollen Kinder und Jugendliche nicht später einweisen als bisher. Eine stationäre Massnahme ist aber immer eine Ultima Ratio. Das Ziel muss es künftig sein, über präventive Massnahmen die Zahl der Heimeinweisungen zu verringern.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag mit 94 zu 70 Stimmen zu. Die Beiträge an die Gemeinden für die Heimplacierung von Kindern und Jugendlichen werden begrenzt.

### Berufsberatung für Erwachsene

Finanzkommissionspräsident *Werner Bosshard* (svp., Rümlang) erklärt die beantragte Änderung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz. Die Dienste der Berufsberatung sollen für Ratsuchende über 20 Jahre künftig kostenpflichtig sein. Der Kantonshaushalt würde durch diese Massnahme jährlich um 5 Millionen Franken entlastet. Die Finanzkommission beantragt Zustimmung.

In einem Minderheitsantrag verlangt *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) den Verzicht auf diesen Schritt. Sie kritisiert, dass durch die Massnahme vor allem

Frauen benachteiligt werden. Der Staat greift arbeitssuchenden Frauen ins Portemonnaie, wenn sie zur Selbsthilfe greifen und sich um eine eine Stelle oder eine berufliche Neuorientierung bemühen. *Elisabeth Schef-feldt Kern* (sp., Schlieren) findet, dass diese Massnahme dem Grundsatz des lebenslangen Lernens fundamental widerspricht. Die Massnahme ist unsinnig und zu wenig differenziert. Die Kosten halten möglicherweise Erwerbslose davon ab, sich beraten zu lassen. Ein niederschwelliges Angebot der Berufsberatung ist aber wichtig. *Willy Furter* (evp., Zürich) äussert zwar Bedenken, kündigt aber Zustimmung zur Massnahme vor. *Brigitta Johner-Gähwiler* (fdp., Urdorf) begrüsst die kostenlose Berufsberatung für Jugendliche. Die Kostenpflicht für Erwachsene hingegen ist zumutbar. Eine berufliche Neuorientierung muss einem eine Gebühr wert sein.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag mit 98 zu 68 Stimmen zu. Die kostenlose Berufsberatung für Erwachsene ist abgeschafft.

*Thomas Isler* (fdp. Rüslikon) beantragt Abbruch der Sitzung. Dem Antrag wird stattgegeben.

*Ende der Sitzung:* 17 Uhr 05.

*Nächste Sitzung:* Dienstag, 24. Februar, 16 Uhr 30 und 19 Uhr 30.